

B e s c h l u s s

Die Vorschläge der Zukunftskonferenz wertschätzen und umsetzen - Reformen auf den Weg bringen

Der Landtag hat in seiner 94. Sitzung am 10. November 2022 folgenden Beschluss gefasst:

- I. Der Landtag stellt fest: Nach monatelangen intensiven Beratungen beendete am 9. Mai 2022 die Konferenz zur Zukunft Europas ihre Arbeit. Am Europatag wurde den drei EU-Organen, bestehend aus Parlament, Kommission und Rat, der Bericht über das endgültige Ergebnis der Zukunftskonferenz mit 49 Vorschlägen vorgelegt, die die Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft der Europäischen Union beinhalten. Diese Vorschläge müssen nun von den EU-Institutionen gesichtet, bewertet und umgesetzt werden.
- II. Der Landtag fordert daher das EU-Parlament, die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die bestehenden Möglichkeiten der EU-Verträge zu nutzen, um eine gemeinsame europäische Entwicklung zu sichern, die den Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger entspricht.
- III. Der Thüringer Landtag unterstützt erforderliche Vertragsänderungen, um Reformen der EU-Institutionen zu erreichen. Dabei sollte die Konferenz in einem weiteren Verfahren in einen verfassungsgebenden Konvent münden, der zu einer Stärkung der demokratischen Teilhabe der EU-Bürgerinnen und -Bürger führt.
- IV. Auf dieser Basis bringt der Thüringer Landtag folgende Anregungen in die Diskussion über die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas ein:

Demokratie und Beteiligung stärken

Dazu gehört:

- das Europäische Parlament mit einem umfassenden Initiativrecht zu stärken;
- das Einstimmigkeitsprinzip im Rat abzuschaffen;
- ein Initiativrecht für nationale und regionale Parlamente auf den Weg zu bringen;
- dass die Grundwerte der EU für alle Mitgliedstaaten uneingeschränkt gelten, nicht verhandelbar sind und Abweichungen vom Prinzip der Rechtsstaatlichkeit zu sanktionieren sind;
- die Einhaltung der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit;
- eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen, über die der politische Diskurs auf europäischer Ebene transparent und nachvollziehbar vermittelt wird;

- der Ausbau einer stärkeren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit Europa durch mehr politische Bildung, insbesondere durch mehr direkte und persönliche Begegnungen, Veranstaltungen, Kampagnen, Austausch von Schülerinnen und Schülern, Austausch von Lehrerinnen und Lehrern sowie europäische Städtepartnerschaften;
- der Ausbau der direkten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und die Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft bei konkreten Entscheidungen;
- die Erweiterung der Europäischen Grundrechtecharta um das Recht, in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben, und das Recht auf digitale Selbstbestimmung für jeden Menschen;
- eine verständliche und konkrete Kommunikation bei europapolitischen Entscheidungen und bei anstehenden Veränderungen für die Bürgerinnen und Bürger;
- eine frühzeitige und stärkere Beteiligung der kommunalen Ebene bei der Erarbeitung von Richtlinien;
- ein stärkeres Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl der Kommissionspräsidentin beziehungsweise des Kommissionspräsidenten.

Klimaschutz, biologische Vielfalt und nachhaltige Entwicklung voranbringen

Dazu gehört:

- die Umsetzung des Green Deal europaweit und in den Regionen ambitioniert und unverzüglich voranzubringen;
- die Vorreiterrolle der EU und ihrer Regionen in der Forschung und Entwicklung innovativer, umweltfreundlicher Technologien auszubauen;
- den europäischen Emissionshandel und den CO₂-Grenzschutzmechanismus auszubauen;
- koordinierte Programme und einen direkten Zugang zu EU-Mitteln für Gemeinden, Städte und Regionen zu ermöglichen;
- die klimagerechte und nachhaltige Transformation des Verkehrssektors;
- der Ausbau ökologischer Landwirtschaft und die Einhaltung klarer Umweltstandards durch eine gezielte Umlenkung von Subventionen;
- der Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt sowie die Beseitigung der Umweltverschmutzung.

Junge Menschen unterstützen und einbeziehen

Dazu gehört:

- den direkten länderübergreifenden Austausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, Studentinnen und Studenten sowie jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am positiven Beispiel ERASMUS durch gezielte Förderung auszubauen;
- Themen der Europapolitik einen höheren Stellenwert in den Lehrplänen der Schulen einzuräumen;
- eine intensivere Beratung junger Menschen zu den zahlreichen Möglichkeiten europäischer Maßnahmen;
- mehr Aktionen und (Medien-)Spiele für junge Menschen anzubieten und zum Beispiel das Planspiel Model European Parliament einzuführen;
- außerschulische europapolitische Kooperationen auszubauen;
- bei der Europawahl das Wahlalter auf 16 Jahre festzulegen.

Europäisches Asylsystem reformieren

Dazu gehört:

- das Dublin-System zu überprüfen, um eine gerechte Aufteilung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf die Mitgliedstaaten sicherzustellen;
- in allen Mitgliedstaaten festgelegte Mindeststandards bei der Unterbringung auf den Weg zu bringen.

Stabilität Europas angesichts einer fragilen außenpolitischen Lage

Dazu gehört:

- die Kooperation im Ostseeraum zu vertiefen und damit die Stabilität in der Region zu erhöhen;
- Demokratisierungsbestrebungen in den Nachbarländern engagiert zu unterstützen;
- schrittweise eine gemeinsame Sicherheitspolitik der EU zu etablieren.

Wirtschaft, Handel und Digitalisierung stärken

Dazu gehört:

- hochwertige, langfristige und nachhaltige öffentliche und private Investitionen unter besonderer Berücksichtigung der Klimaziele zu initiieren;
- die ökologische Transformation für mehr Energieunabhängigkeit, insbesondere durch die Verminderung der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus Drittstaaten, schneller voranzutreiben;
- die Widerstandsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit Europas in den unterschiedlichen Industrie- und Wirtschaftsbereichen weiter zu erhöhen;
- der Abbau bürokratischer Hemmnisse, zum Beispiel im Dokumentations- und Nachweiswesen;
- den digitalen Wandel umfassend voranzutreiben, damit digitale Technologien zum Nutzen aller Bereiche der Gesellschaft zur Anwendung kommen können;
- den digitalen Wandel mit einer langfristigen Vision für Bildung, Forschung und Austausch in digitalen Fragen zu verknüpfen;
- die Förderung von Open-Source-Software und deren Verwendung in der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie ein möglichst freier Zugang zu den Ergebnissen öffentlich finanzierter Forschung;
- die Festlegung geeigneter und kohärenter digitaler Standards;
- die Überwindung der zwischen den Mitgliedstaaten bestehenden Unterschiede in der digitalen Infrastruktur, in den digitalen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger sowie im Zugang zu und in der Nutzung von elektronischen Behördendiensten;
- die Steuerpolitik der Mitgliedstaaten der EU zu harmonisieren, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen und Steuervermeidung zu erschweren;
- die ethische und ökologische Dimension der Handels- und Investitionsbeziehungen zu stärken, damit eingeführte Waren qualitativen ethischen Standards, der nachhaltigen Entwicklung und den Menschenrechtsnormen gerecht werden;
- eine stärkere Förderung des Erwerbs digitaler Kompetenzen in den Schulen.

Soziales Europa verwirklichen

Dazu gehört:

- die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) aktiv umzusetzen und ihre Ziele in eine Gesamtstrategie einzubinden;
- in allen Mitgliedstaaten angemessene Mindestlöhne unter Einhaltung der Kompetenzordnung und der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit einzuführen;
- den ökologischen Wandel sozialverträglich und mit Blick auf den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitsplätze zu gestalten und durch zielgerichtete soziale Maßnahmen zu flankieren;
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen sowie die europäische Forschung und Produktion von Medikamenten und Medizintechnik unter besonderer Berücksichtigung der Lieferketten auszubauen.

Minderheitenrechte schützen und durchsetzen

Dazu gehört:

- die LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 in allen Mitgliedstaaten vollumfänglich umzusetzen;
- die Ziele der Europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack (MSPI) zu unterstützen und deren konkrete Umsetzung voranzutreiben;
- einen gemeinsamen Rahmen von EU-Mindeststandards für den Schutz der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, zu schaffen;
- die Sichtbarkeit der Minderheiten durch verstärktes "Minority Mainstreaming" zu verbessern sowie den Mehrwert der Mehrsprachigkeit und der interkulturellen Kompetenzen nationaler Minderheiten anzuerkennen und in EU-Entwicklungsstrategien und Finanzierungsprogrammen zu berücksichtigen;
- Geo-Blocking zu verhindern.

Birgit Pommer
Präsidentin des Landtags